

ödp. Garantiert frei
von Konzernspenden!

Erlanger Zukunfts- programm.

Ökologische Stadtplanung.

**Eine Stadt für alle
Generationen.**

Saubere Demokratie.

Die Erlanger ödp
zur Kommunalwahl
am 2. März 2008



Politik, die aufgeht. ödp.

Inhalt:

Vorwort	S. 3
I. Ökologische Stadtplanung	S. 4
1. Flächennutzung / Bauleitplanung	S. 4
2. Stabilisierung des Mittelstandes	S. 4
3. Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr	S. 5
4. Sparsamer Umgang mit Steuergeldern	S. 5
5. Energie	S. 6
6. Ökologische Abfallwirtschaft	S. 6
7. Gesundheit und Verbraucherschutz	S. 6
8. Tierschutz	S. 7
II. Eine Stadt für alle Generationen	S. 8
1. Familie in der Krise?	S. 8
2. Generationensolidarität, Jugendarbeit, Kinderbetreuung	S. 8
3. Lebensräume für Familien und Senioren	S. 9
4. Verkehr	S. 10
	S. 10
III. Saubere Demokratie	
1. Parteienverdrossenheit	S. 11
2. Ämteranhäufung ist undemokratisch	S. 11
3. Betroffene zu Beteiligten machen	S. 11
	S. 11

Vorwort

Liebe Erlanger Bürgerinnen & Bürger!

Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) und parteiunabhängige Erlanger Bürgerinnen und Bürger stehen zusammen auf unserer Liste zur Erlanger Stadtratswahl am 2. März 2008. Unser oberstes Ziel ist es, die Lebensgrundlagen für uns und kommende Generationen zu erhalten und zu verbessern. Nicht nur der Staat in der „großen Politik“, auch die Kommunen müssen in ihrem Verantwortungsbereich Rahmenbedingungen schaffen, die umwelt- und bürgerfreundliches Verhalten sowie Eigeninitiative begünstigen und erleichtern.

Die ödp im Erlanger Stadtrat wird auch in den kommenden Jahren für eine ökologische Verkehrs- und Energiepolitik eintreten. Wir setzen uns für die Belange von Senioren und Jugendlichen, für eine kinder- und familienfreundlichere Stadt ein. Auch wollen wir die Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen besser beteiligen. Mehr direkte Demokratie ist durch den kommunalen Bürgerentscheid möglich und wurde von uns schon genutzt (Bürgerbegehren gegen Strom aus dem Schrottreaktor in Temelin, tatkräftige Unterstützung der Bürgerentscheide gegen die Tiefgarage am Theaterplatz, gegen die Privatisierung der Erlanger Stadtwerke und des Röthelheimbades). Wir verstehen uns als gewählte Vertreter der Erlanger Bürger auch gegenüber der städtischen Verwaltung.

Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen kommunalen Politikbereichen wird um so härter, je weniger die Finanzmittel ausreichen, um alle Ideen zu verwirklichen. Das darf aber kein Grund sein, neue Ideen gar nicht mehr vorzubringen. Darum machen wir in diesem Programm einige wohlüberlegte Vorschläge auch dann, wenn diese mit eventuellen zusätzlichen Ausgaben verbunden sind. Wir werden jedoch die Verwirklichung unserer Programmpunkte nicht mit neuen Schulden finanzieren. Wir sind überzeugt, dass durch ein besseres Haushalten und ökonomischeres Umgehen mit den Steuergeldern eine notwendige Schuldenreduzierung weiter voran getrieben werden kann und muss. Ebenso ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Belastung der Bürger durch höhere Abgaben zu vermeiden und möglichst Entlastungen zu gewähren (siehe Anhebung des Grundsteuerhebesatzes von CSU, FDP und FWG vor zwei Jahren).

Ein kommunales Programm kann nicht alle Details klären. Wir stellen uns gerne Ihren Fragen und diskutieren Ihre Vorschläge und Ideen. Kontaktieren Sie uns an einem unserer Informationsstände, rufen Sie an oder mailen Sie an die angegebene Adresse. Wir freuen uns über alle Anregungen und Denkanstöße.

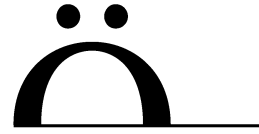
Bayernweit konnte die ödp bei der letzten Kommunalwahl die Zahl der ödp-Mandatsträger auf über 250 aufstocken. Bei der Wahl am 2. März 2008 wollen wir die Anzahl mit Ihrer Hilfe nochmals deutlich erhöhen. Seit 1996 sind wir auch in Erlangen im Stadtrat mit einem Sitz, seit August 2005 mit 3 Stadträten als Fraktion in nahezu allen Ausschüssen vertreten und haben uns dort als demokratisches und konsequent ökologisches Regulativ bewährt. Bei den bayerischen Kommunalwahlen gibt es keine 5%-Hürde. Jede Stimme für die ödp stärkt uns den Rücken für unseren Aufbruch für Umwelt, Generationengerechtigkeit und saubere Demokratie, ohne extrem linke oder rechte Experimente.

In der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) arbeiten Menschen zusammen, die dem Streben von Gesellschaft und Wirtschaft nach „Immer mehr“ das Prinzip Verantwortung entgegensetzen: *So leben, dass Zukunft bleibt!* Wir krepeln zuversichtlich die Ärmel hoch, um gemeinsam mit anderen für das Gemeinwohl anzupacken.

Unser Programm, das sich am Bedarf von Mensch und Umwelt orientiert und nicht an kurzfristigen Wahlerfolgen, bildet die Grundlage unseres Handelns

Wir machen Ökologie für die politische Mitte wählbar und bitten um Ihr Vertrauen.

Ihre Erlanger ödp



I. Ökologische Stadtplanung

Politik, die aufgeht. ödp.

1. Flächennutzung / Bauleitplanung

Der Flächenverbrauch in Erlangen nimmt ständig auf Kosten von Flora und Fauna zu. So wurden in den vergangenen Jahren durch die Stadtratsmehrheit aus CSU, F.D.P. und FWG - teilweise entgegen dem fachlichen Rat des Umweltamtes – viele hunderte Hektar mehr Siedlungs- und Gewerbegebiete sowie Verkehrsflächen ausgewiesen. Dadurch hat Erlangen zwar mehr Einwohner bekommen, jedoch nicht mehr Gewerbesteuer. Weniger Wohn- und Lebensqualität waren an manchen Orten die Folge. Lärm und Abgase haben das Ihre dazu beigetragen. Die Einkommensteuer überstieg in den vergangenen Jahren oftmals die Gewerbesteuereinnahmen. Es hat also auch finanziell keinen Sinn, kurzfristig angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit auf Kosten der Bewohner zu betreiben. Erlangens Stadtplanung muss ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Neben den beiden großen Neubaugebieten Büchenbach-West und Röthelheimpark sehen wir keinen weiteren Spielraum für großflächige neue Wohnsiedelung im Stadtgebiet. Auch die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten sehen wir sehr skeptisch – wir müssen mit den vorhandenen brachliegenden und in der Nutzung befindlichen Gewerbeflächen auskommen. Erlangen ist die Großstadt mit dem höchsten Anteil an Flächen mit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung und naturbelassenem Grün – das soll so bleiben.

Vor allem müssen Auflagen und Forderungen des Landschaftsschutzes konsequent eingehalten und berücksichtigt werden. Sie dürfen nicht privaten Einzelinteressen geopfert werden, wie dies in den letzten Jahren der Fall war (z. B. Reiterhof in Tennenlohe, Bebauung in Kleindechsendorf und Eltersdorf). Auch muss eine weitere Zersiedlung im Stadtgebiet verhindert werden, so dass Landwirtschaft auch noch stadtnah betrieben werden kann. Schließlich sind ökologische Ausgleichsflächen dringend erforderlich.

Eine ökologisch und ganzheitlich orientierte Stadtentwicklungspolitik muss folgende Ziele gleichberechtigt verfolgen: ein gesundes, menschenfreundliches und generationenübergreifendes Wohnumfeld, Bauen unter ökologischen und baubiologischen Gesichtspunkten, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bewahrung von Grünflächen und Biotopen im Stadtgebiet.

Die ödp fordert für unsere Stadt:

- Bereits in der Stadtplanung muss die Infrastruktur für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik berücksichtigt werden!
- Die Bebauungspläne müssen ökologisch gestaltet werden: Funktionsmischung, Fassaden- und Dachbegrünung, eine nachhaltige Wärmeenergieversorgung, Gebäudeausrichtung usw!
- Minimierung der Flächenversiegelung: möglichst wenig soll unter Teer und Asphalt verschwinden!
- Qualifizierte kommunale Bauberatung – auch unter ökologischen Aspekten. Vorbildfunktion bei kommunalen Bauten: baubiologische Erkenntnisse müssen hier besonders berücksichtigt werden! Besonders beim anstehenden Schulsanierungsprogramm darf nicht an falscher Stelle „gespart“ werden!
- Präsentationsmöglichkeiten für Architekten, die sich baubiologischer Bauweise verschrieben haben!
- Möglichst keine Kopplung von zu verkaufenden Grundstücken an bestimmte Bauträger bei Einzel- und Doppelhäusern!

- Keine Autostellplatzverpflichtung in Neubaugebieten! Die derzeitige Verpflichtung ist bei den momentanen Preisen für Bauland eine nicht zu akzeptierende Vorgabe. Sinnvoll erscheint uns, wenn beim Nachweis einer Jahreskarte des ÖPNV ein Stellplatz nicht zwingend gefordert wird.

2. Stabilisierung des Mittelstandes

Eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung macht laut Prof. Jörg Wiese (Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Nürnberg) krank und führt zu aggressiven Verhaltensweisen, aber auch zu defensiven Erkrankungen wie Depressionen, Magersucht und gesteigerten Drogenkonsum (Alkoholexzeesse). Vorhandene oder drohende Arbeitslosigkeit macht nicht nur den Eltern, sondern auch den Kindern große Zukunftsangst. Die von der kommunalen Mehrheit vorgeführten Prestigeobjekte verstellen den Blick für den Alltag der Mittelschicht. Die ödp setzt sich dafür ein, dass das Thema *Familienfreundlichkeit* keine Phrase bleibt, sondern auf solidem Boden steht.

Stabilisierung des Mittelstandes heißt nach Ansicht der ödp:

- Keine Genehmigung für weitere Verkaufsriesen (Arcaden!), Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Firmen, die ortsansässige Handwerker beschäftigen!
- Prüfen, ob ein vergabebeeinflussendes „Sozialranking“ bei heimischen Betrieben angewandt werden kann (Familienfreundlichkeit, Quote der Arbeiter mit Behinderung, Ausbildungsplätze usw.)
- Kein Verkauf von Teilen der Stadtwerke oder anderer kommunaler Einrichtungen, auch nicht im Zuge des Cross-boarder-Leasings!
- Verschönerung der noch unattraktiven Bereiche in der Erlanger Altstadt und bessere Integration ins städtische Geschehen. Die Forderungen des Altstadtforums hat die ödp von Anfang an unterstützt.
- Keine weitere Vergabe von 1-Euro-Jobs durch die Stadt, sondern eine gerechte Entlohnung entsprechend der ausübenden Tätigkeit.

3. Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr

Eine leistungsfähige und attraktive Stadt-Umland-Bahn (StUB) brauchen nicht nur diejenigen, die vor Lärm und Abgasen ins Umland geflohen sind, sondern auch diejenigen, die in Erlangen noch wohnen und vom Pendlerverkehr entlastet werden wollen. Neben einer StUB mit der Kapazität einer Autobahn braucht man dagegen keine Landstraße in Form einer Südumgehung. Sie stellt eine Fehlinvestition in einen schon heute kaum mehr wachstumsfähigen motorisierten Individualverkehr dar. Zukunftsträchtiger ist es wohl, eine Bahn mit moderner, energiesparender Technik auszurüsten, als 18.000 Kfz mehr zu haben. Ein Ausbau anderer alternativer ÖPNV-Sparten ist ebenfalls auf die Effizienz zu testen.

Außerdem fordert die ödp:

- Kein Bau der Kosbacher Brücke nach Plänen der jetzigen Stadtratsmehrheit! Diese würde die lärmgeplagten Anwohner der Schallershofer Straße nicht entlasten, sondern zusätzlichen Verkehr anziehen. Flora und Fauna im Wiesengrund würden teils verschwinden, und Radfahren im Regnitzgrund wäre kein Vergnügen mehr. Die Auswirkungen auf das Stadtklima wären beträchtlich. Auch ist eine tatsächliche verkehrliche Entlastung unwahrscheinlich. Als Alternative: dreistreifiger Ausbau der Dechendorfer Brücke und eine direkte Autobahnzufahrt über die Thalmühlstraße.
- Bus-, Bahn- und auch der Radverkehr müssen wieder Priorität haben!
- Kontrollen von Straßen durch städtisches Personal, die für den Normalverkehr gesperrt sind (z.B. Durchfahrtsverbot vor dem Bahnhof)!
- Einführen einer kommunalen Verkehrsüberwachung für Geschwindigkeitskontrollen! Diese führt die Polizei z.B. in Wohngebieten (Tempo 30-Zonen, Spielstraßen) nicht durch. Ausweiten des Überwachungsgebietes der städtischen Kontrolleure und ggf. Personalaufstockung!

- Finanzielle Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), solange er sich nicht selbst tragen kann.: Das bestehende Busangebot muss erhalten und sinnvoll ergänzt werden!
- Mehr Werbung für die attraktiven ÖPNV-Angebote (z.B. bessere Auslage von Ferienfahrplänen, Kooperation mit dem Erlanger Einzelhandel, z.B. Rabatte bei Vorzeigen einer Bahn/Buskarte).
- Prüfung sämtlicher stadtplanerischer Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkung auf den ÖPNV!
- Sanierung des Radwegenetzes und bessere Kontrollen, wenn Fahrradwege zugesperrt werden!

4. Sparsamer Umgang mit Steuergeldern

Während überdimensionierter Protz (z. B. geplanter Museumswinkel) von der Erlanger Stadtmehrheit ohne Hemmungen finanziert wird, wird sozial und ökologisch sinnvollen sowie langfristig wirtschaftlich vernünftigen Projekten der Geldhahn zugekehrt. Die ödp wird im Stadtrat auf die sparsame Verwendung öffentlicher Gelder achten und vor allem bei allen Neuanschaffungen die wirkliche Notwendigkeit und ökonomische Nachhaltigkeit kontrollieren. Die ödp war beispielsweise von Anfang an der Meinung, dass sich das „Geschenk Museumswinkel“ als ein finanzielles „Fass ohne Boden“ erweisen wird. Nur in einer gemeinsamen Trägerschaft von Siemens, Universität und Stadt hätte ein echtes kulturelles Vorzeigeprojekt entstehen können. Die Abwertung des Museumswinkels als Archivnotlösung findet unsere Zustimmung nicht. Die Stadt hätte ehrlicher Weise das Gebäude an die Siemens AG zurückgeben müssen.

Insbesondere im Bereich Verkehr lassen sich überflüssige Ausgaben vermeiden: Darum kein Neubau von Tiefgaragen, weder am Theater-, noch am Schlossplatz! Diese entsprechen nicht dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen und ziehen zusätzlichen Individualverkehr in die ohnehin überlastete Innenstadt. Außerdem werden Tiefgaragen durch die hohen Unterhaltskosten in der Regel zu städtischen Zuschussgeschäften.

5. Energie

Der erste Schritt einer nachhaltigen Energiepolitik ist der sparsame Umgang mit Energie. Um energiesparendes Bauen zu fördern, soll die Stadt darum beim Verkauf eines städtischen Grundstücks einen Vertrag mit dem Bauherrn abschließen, der zu einer hocheffizienten energiesparenden Bauweise verpflichtet. Bei der Endabnahme der Gebäude ist die Einhaltung der Wärmeschutzverordnung zu überprüfen. Um die zahlreichen schlecht gedämmten Altbauten nachzubessern, sind Sanierungsmaßnahmen mit dem Ziel einer wirksameren Wärmedämmung stärker zu fördern.

Auch und besonders im kommunalen Bereich ist der Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu fördern. Doch die CSU-geführte Mehrheit im Erlanger Stadtrat plant allzu gerne an zukunftsfähigen Konzepten vorbei. Aufgabe des Stadtrates hat es zu sein, auf die Stadtwerke im Sinne einer ökologisch verträglichen und nachhaltigen Stromproduktion (beispielsweise dezentrale Block-Heizkraftwerke) einzuwirken.



6. Ökologische Abfallwirtschaft

Die ödp unterstützt voll die Ziele der Bürgerinitiative „Das bessere Müllkonzept“. Dazu gehören besonders der Vorrang der Müllvermeidung vor der Verwertung und Verbrennung. Leider sind Bund und Land bisher nicht bereit, Wegwerfprodukte und Einwegverpackungen durch entsprechende Besteuerung spürbar zu verteuern. Stattdessen wurde das Duale System (DSD) mit dem „Grünen Punkt“ eingeführt. Das DSD ist eine Organisation zur Rettung der Wegwerfgesellschaft und zur profitablen Förderung einiger dubioser Verwertungsfirmer: Wertvolle Rohstoffe werden verbrannt oder zu minderwertigen Produkten verarbeitet, für die keine ausreichende Nachfrage besteht. So wandern immer öfter riesige Mengen dieser Abfälle zur „Entsorgung“ in die sogenannte „Dritte Welt“.

Für eine ökologische Abfallwirtschaft fordert die ödp folgende Schritte:

- Bau einer ökologisch verträglichen biologisch-mechanischen Abfall-Verwertungsanlage auf Verrottungsbasis zur sicheren Restmüllbehandlung. Dies könnte beispielsweise durch eine Biogasanlage geschehen, welche in einer Kooperation von Eigenbetrieb für Stadtgrün (Sammeln des Biomülls), Strom- und Wärmeproduktion durch die Anlage des städtischen Eigenbetriebes für Entwässerung und Vermarktung des entstandenen Stromes und der Abwärme durch die Erlanger Stadtwerke geschehen.
- „Nein“ auch zur Klärschlammverbrennung mit ihrer enormen Schadstoffbelastung (Schwermetalle)! Stattdessen Favorisierung der umweltverträglichen „nassen Oxidation“!
- Intensivierte, bürgerfreundliche Müllberatung, statt Abbau von Stellen in diesem Bereich! Werbung und Aufklärung bringt Kostensenkungen durch Müllvermeidung.

7. Gesundheit und Verbraucherschutz

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gewinnt immer mehr an Bedeutung. Deshalb begrüßen wir die Arbeit der vielfach ehrenamtlich arbeitenden Organisationen und Verbände, die sich um eine kritische Verbraucheraufklärung bemühen.

Eine gesundheitliche Gefährdung durch magnetische und elektrische Felder (Elektrosmog) ist nicht auszuschließen. Deshalb sollen Sendeanlagen für Funk, Fernsehen und Mobilfunknetze nicht in Wohngebieten betrieben werden. Inzwischen haben schon viele Städte innerhalb und außerhalb der BRD vorgemacht, dass man Mobilfunkmasten nicht als unausweichliches Übel ansehen muss, sondern dass man dagegen vorgehen kann, indem Kommunen sich mit Hausbesitzern und Mobilfunkbetreibern ins Benehmen setzen. Salzburg z.B. hat sich mit den Netzbetreibern geeinigt, dass ihre Sender nur noch mit 1/5000 der Leistung strahlen, die in Deutschland erlaubt ist, bei gutem Funktionieren der Handys. Wieso sollte so etwas nicht auch in Erlangen möglich sein, der „Stadt der Medizin, Technik und Gesundheit“? Auch Freilandleitungen erzeugen erhebliche Felder. Hochspannungsleitungen sollten deswegen nicht direkt über Wohnhäuser geführt werden. Der von Stadt und Mobilfunkindustrie eingerichtete „Runde Tisch Mobilfunk“ ist ein zahnloser Tiger und für eine Minimierung der Strahlenbelastung nicht wirklich zielführend. Neue Standorte von Mobilfunkmasten sollten im Amtsblatt vorab veröffentlicht werden. Das Umweltamt bietet unterrichtsergänzende Informationen über Mobilfunk an Erlanger Schulen an, diese Maßnahme sollte am Bedarf orientiert werden.

8. Tierschutz

Tiere sind Mitgeschöpfe. Ihre Achtung und ihr Schutz muss auch in der Kommunalpolitik gewährleistet werden. Die Planung und Errichtung des Mega-Tierversuchs-Zentrums an der Palmsanlage lehnten wir ab! Die meisten Tierversuche ließen sich durch Verzicht auf erneuter Versuche bereits bewährter Wirkstoffe und Medikamente sowie durch Alternativmethoden vermeiden. Zirkussen und Tierschauen soll in Erlangen nur dann das Gastrecht gewährt werden, wenn sie vorab die artgerechte

Haltung ihrer Tiere glaubhaft machen können. Der Erhalt und Ausbau der Taubenstationen wird von uns unterstützt.

*Auch ein kleiner
Reißnagel kann
einen großen
Hintern
bewegen!*



II. Eine Stadt für alle Generationen

1. Familie in der Krise?

Kaum eine Bevölkerungsgruppe ist durch die zunehmend einseitig materialistische Sichtweise in Wirtschaft und Gesellschaft so stark in ihrer Existenz gefährdet wie die Familie. Trendforscher wie Prof. Peter Wippermann sagen gar das Ende der Familie voraus, da diese mit dem modernen Zeitgeist nicht mehr zu vereinbaren sei. Die Zukunft liege vielmehr in Lebensabschnittsbegleitern, die man genauso „updaten und verbessern“ müsse, wie andere Lebensbereiche auch (AUDIMAX 9/10-01, S. 8). Wir wollen die Rückbesinnung auf Werte wie Toleranz und Verantwortung anregen und die generationenübergreifende Solidarität fördern. Diese können am nachhaltigsten in der Familie von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Die Bedürfnisse der Familie dürfen nicht in der Salamtaktik schrittweise oberflächlichen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Verkaufsoffene Sonntage vor Ort („Erlanger Frühling“, „Erlanger Herbst“) weichen die gesetzlichen Regelungen der Ladenöffnungszeiten auf und zwingen zahlreiche Angestellte des Einzelhandels, den Sonntag in der Arbeit und nicht mit ihrer Familie zu verbringen. Wir wollen uns gegen mehr verkaufsoffene Sonntag und längere Ladenöffnungszeiten einsetzen. Wir wenden uns ganz klar gegen weitere verkaufsoffene Sonntage und gegen großzügigere Befreiungen von der gültigen Ladenöffnungszeiten.

Gesellschaftliche Verantwortung muss in der Familie vorgelebt und geübt werden. Leider lassen sich für immer weniger Menschen Beruf, Familie und soziales oder politisches Engagement zeitlich und finanziell miteinander vereinbaren. Darum muss ehrenamtliches Wirken gezielt gefördert werden. Zur Förderung gesellschaftlichen Engagements gehört die spürbare Senkung öffentlicher Gebühren für und ein unbürokratischerer Umgang mit gemeinnützigen Initiativen. Insbesondere die Saalmiete städtischer Räumlichkeiten ist für sozial engagierte Gruppen oft unerschwinglich. Städtische Räume sollen sozialen und wohltätigen Organisationen zu reduzierten Mietsätzen überlassen werden. Auch eine kostenfreie Nutzung sollte erwogen werden, wie teilweise bei Veranstaltungen von Trägern der Jugendarbeit geschehen.

2. Generationensolidarität, Jugendarbeit, Kinderbetreuung

Das grundlegende Ziel städtischer Schul-, Sozial- und Kulturpolitik muss es sein, Bürgerinnen und Bürger aus allen Generationen nicht nur zu integrieren, sondern ihnen auch den Zugang zu gesellschaftlichem Engagement zu erleichtern. Hierbei möchten wir bestehende Jugendprojekte, und vorbildliche Einrichtungen wie das SeniorenNetz Erlangen unterstützen und gegebenenfalls ergänzen. Die Arbeit des Ausländerbeirates und der Kulturvereine zur Integration ausländischer Familien soll

von Seiten der Stadt volle Unterstützung erfahren und muß durch städtische Angestellte professionell betreut werden..

Zur Zeit gibt es in Kindergärten und in Betreuungsangeboten für Jugendliche sehr viele befristete Arbeitsverträge, die eine hohe Fluktuation des Personals zur Folge haben. Kinder und Jugendliche brauchen feste Bezugspersonen, um Vertrauen zu ihnen fassen zu können, und damit ein Verhältnis entsteht, in dem Kinder und Jugendliche auch Probleme mit den Betreuungspersonen besprechen können. Nur darin kann Sucht- und Kriminalitätsprävention gesehen werden. Die ödp setzt sich dafür ein, dass der Jugendarbeit die Ausstattung zukommt, die sie braucht, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Für eine zukunftsgerichtete städtische Jugendarbeit fordert die ödp daher:

- Angleichung der Zuschusshöhe für die Personalausgaben des Stadt-Jugendrings (SJR) auf den tatsächlichen Bedarf (seit 1994 nicht mehr angepasst).
- Mittel für Veranstaltungen des SJR.
- Mittel für die Erhaltung bzw. den Ausbau der Medienstelle des SJR (hier werden bisher nur "Reste" im Haushalt verausgabt, die aber immer kleiner werden bzw. oft ganz ausfallen)..
- Mindestens Erhalt der bisherigen Personalausstattung im „Easthaus“, Mittel für Sachkosten, Honorarkräfte und Hausmeistertätigkeiten.
- Förderung der Arbeit der Jugendfarm: ggf. Finanzierung einer zusätzlichen Sozialpädagogen- oder Erzieher-Stelle, keine Umlage der Kosten auf die Kinder (Kursgebühren, Materialkostenaufwand etc.), da es Kindern und Jugendlichen aller sozialen Schichten gleichermaßen möglich sein soll, das Angebot zu nutzen.
- Kinder und Jugendliche mit einer Fremdsprache als Muttersprache müssen bestmöglich mit integrativen Angeboten unterstützt werden. Dies kann u.a. durch eine Förderung der Eltern geschehen. Wir sehen Erlanger mit Migrationshintergrund als eine Bereicherung für unsere Kommune und realisieren auch klar die positiven Aspekte welche diese Bürger/innen für die Stadt Erlangen (offen aus Tradition) leisten können.

Dass Verantwortung auch Spaß machen und persönlich erfüllen kann, sollen besonders Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig erfahren. Angemessene Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass Pädagogen die Jugendlichen zu pfleglichem Umgang mit der Einrichtung erziehen können. Wenn die Kommune Pfleglichkeit nicht vormacht, kann eben dies von jungen Menschen nicht eingefordert werden.

Darum fordert die ödp:

- Neue, ausreichend große Schulmöbel, dem zunehmenden Größenwachstum der Kinder angemessen!
- Rechtzeitiges und ausreichendes Geld für neue Schulbücher (ohne Büchergeld!) - den neuen Lehrplänen angepasst.
- Wiederaufstockung der Gelder für Putzdienste in der Schule. Die gegenwärtige Situation ist oftmals nicht zufriedenstellend. Wiedereinführung von Vollzeitputzstellen. Schüler putzen und renovieren selbst – das kostet Unterrichtszeit und entspricht nicht dem, was steuerzahlende Eltern erwarten können.

Eltern zahlen unverhältnismäßig mehr Steuern, als Erwachsene ohne Kinder - für die Kinder „die Zukunft“ sind. Dafür müssen sie mit ansehen, wie die Kindergärten und Schulen von der Stadtratsmehrheit vernachlässigt werden. Es fehlt manchmal an der elementarsten Ausstattung (Eimer ohne Deckel für Abfall, für das Selbstkehren keine Besen). Die Toiletten entsprechen nicht immer dem geforderten Hygienestandard. Zum Teil sind die Fensterflügel so schadhaf, dass man sie zum Lüften nicht weit öffnen kann.

3. Lebensräume für Familien und Senioren

Der Blick in die wöchentlichen Zeitungsrubriken zeigt: preiswerter Wohnraum ist selten. Die ödp fordert: Wiedereinsetzen von Geldern für den sozialen Wohnungsbau. Hier ist in den letzten Jahren unter der angeblich so kinder- und familienfreundlichen CSU/FDP-Koalition nur gestrichen worden. Weiterhin müssen die Interessen von Familien am preiswerten Bauen über die Gewinninteressen von Bauunternehmern gestellt werden, d.h. keine Koppelung mehr von zu verkaufenden Grundstücken mit Hausbauverträgen bestimmter Firmen! Dies bedeutet wiederum freie Wahl des Bauträgers und eine drastische Reduzierung der Grunderwerbssteuer für die Familien. Der Stadt bringt das keinen Nachteil, weil die Grundstücke dann schneller verkauft werden und nicht so lange Zinsen für die Erschließungskosten gezahlt werden müssen.

Viele Menschen möchten in „Ihrem“ Stadtteil auch als Senior wohnen. Hier gilt es, altersgerechte und barrierefreie Wohnmöglichkeiten in allen Teilen Erlangens bereitzustellen. Dies kann durch Kooperationen mit caritativen und sozialen Verbänden, oder auch durch die städtische GeWoBau geschehen. So könnten beispielsweise Mehrgenerationenhäuser zum einen von der Gewobau realisiert werden und/oder private Investoren mit städtischen Fördermitteln unterstützt werden.

Der demographischen Veränderung unserer Bevölkerung muss endlich tatkräftig begegnet werden.

4. Verkehr

Der Autoverkehr muss an die Bedürfnisse von Kindern, Fußgängern, Behinderten und Radfahrern angepasst werden, nicht umgekehrt.

Darum fordert die Erlanger ödp:

- Verkehrsinseln sollten möglichst so groß sein, das auch ein Fahrrad mit Kinderanhänger oder ein Kinderwagen gut Platz hat).
- Das Tempolimit in der Nähe von Schulen und in Wohngebieten muss kontrolliert werden (kommunale Verkehrsüberwachung). Großflächigere Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen (Spielstraßen)!
- Mehr Personal für die Verkehrsüberwachung! Dies würde der Stadt keine Mehrkosten verursachen (trägt sich durch eine proportionale Steigerung der Verwarnungsgelder selbst).

ödp. 

III. Saubere Demokratie

1. Parteienverdrossenheit

Im Parteiengesetz ist vermerkt, Parteien wirken „an der politischen Willensbildung des Volkes mit“ (§1 Abs. 2). Doch wird durch Obrigkeitsverhalten und Vorabentscheidungen der Parteien die Meinung der Bürger oftmals übersehen oder nicht beachtet. Eine zunehmende Politikverdrossenheit mit stetig sinkender Wahlbeteiligung ist die Folge, verstärkt durch immer neue Berichte über schwarze

Kassen, Parteienfilz und Korruption, ungezügelter Diätenerhöhungen was die alteingesessenen Parteien wenig zu kümmern scheint.

Die ödp fordert auf allen Ebenen der Politik eine Rückbesinnung auf moralische und ethische Grundwerte, eine strikte Trennung von Wirtschaft (auch Medienwirtschaft) und politischem Amt, sowie das bei der ödp bereits in der Satzung festgelegte Verbot der Annahme von Firmen- und Verbandsspenden. Die vom Staat übernommene Parteienfinanzierung sollte ausreichend sein und beschert annähernd gleiche Voraussetzungen für alle politischen Organisationen. Mit unserem relativ bescheidenen Wahlkampfbudget werden wir Ihnen keine frischen Sonntagsbrötchen am Wahltag servieren können. Wir versprechen Ihnen *nur* einen ehrlichen, gewissenhaften und garantiert unbeeinflussten Einsatz im Kommunalparlament.

Ein Stadtrat, mehrheitlich besetzt mit Wirtschaftsvertretern und/oder Lobbyisten, wird kaum seine politische Macht unbeeinflusst und ausschließlich zum Wohle der Erlanger Bürgerinnen, Bürger und Kinder gebrauchen!

2. Machtkonzentration contra Demokratie?

Politische Macht sollte im Sinne der Demokratie auf viele Köpfe verteilt sein. Die Ämteranhäufung, welche mancherorts betrieben wird, können wir nicht gutheißen. Dieses Sammeln von Ämtern und Posten und die damit verbundene Summierung von Macht und staatlichen finanziellen Zuwendungen (Steuergeldern) sollte beendet werden. Mit unserer demokratischen Einstellung möchten wir mehr Vertrauen bei den Bürgern/innen gewinnen. Ein kontinuierlicher Dialog zwischen dem Stadtrat und den Einwohnern sollte vorangetrieben werden, und es sollte nicht nur alle 6 Jahre zur Wahlkampfzeit durch die Stadtteile getourt werden („Spaziergänge“ mit diversen Kommunalpolitikern), um vom nun potentiellen Wähler eine Stimme zu erhaschen.

3. Betroffene zu Beteiligten machen

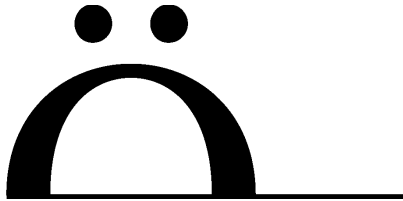
Die ödp ist die Partei der direkten Demokratie. In Bayern haben wir durch unser Volksbegehren „Schlanker Staat ohne Senat“ die Abschaffung der undemokratischen Ständekammer „Senat“ erwirkt und durch die Ankündigung eines weiteren Volksbegehrens die Streichung sämtlicher Standorte neuer AKWs herbeigeführt. In Bezug auf die Erlanger Kommunalpolitik plädieren wir dafür, in grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung (z.B. Naherholung, Verkehrsplanung, Kultur- und Freizeit) ein Leitbild unter Mitwirkung der Bürger zu erstellen. Beteiligt werden sollen hierbei alle gesellschaftlich relevanten Verbände und Gruppierungen. Dadurch werden lebhaftere und gewinnbringende Diskussionen über die Entwicklung der Stadt gefördert. Beteiligte Bürger/innen fühlen sich mitverantwortlich, auch wenn letztendlich der Stadtrat erarbeitete Leitbilder verabschiedet. Als bestes Beispiel darf die von uns unterstützte Bürgerinitiative Altstadtforum genannt werden.

Für die bessere direkte Einbeziehung des Bürgerwillens schlagen wir folgende Instrumente vor:

- Im Anschluss an Sitzungen des Stadtrates könnten künftig Bürgerfragestunden durchgeführt werden.
- Über die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl hinaus sollen vor wichtigen Fragen von allgemeinem Interesse Bürgerversammlungen einberufen werden.
- An Planungen neuer Bauvorhaben sollen betroffene Anwohner stärker informiert und beteiligt werden (Beispiel: Röthelheimpark, Neubaugebiet Büchenbach-West, Cesewid-Gelände) Die ödp sieht Bürgerbegehren als höchst effizientes Mittel der direkten Demokratie an. Die Bürgerschaft schätzt und wünscht mehr direkte Mitverantwortung. Die ödp tritt dafür ein, dass in besonders strittigen Fragen von allgemeinem Interesse ein Bürgerentscheid durch Beschluss des Stadtrates durchgeführt wird. Dadurch entfällt die Unterschriftenhürde für die Beantragung des Bürgerentscheides. Die Stadt Regensburg hat - gefördert vom bayerischen Innenministerium - als erste bayerische Kommune die Einberufung von Planungszellen zur Beratung von Leitlinien der Stadtent-

wicklung beschlossen. Hierbei werden Gruppen zufällig ausgewählter Bürger beauftragt, für einzelne anstehende Entscheidungen Bürgergutachten zu erstellen (siehe Prof. Dr. Peter Dienel, *Die Planungszelle*, Westdeutscher Verlag, 1997). Die ödp will sich auch derartigen neuen Ansätzen nicht verschließen.

- Zur Behandlung von Bürgeranträgen, welche im Rahmen von Bürgerversammlungen eingereicht werden, sollten die Antragsteller zu den Beratungen in den Ausschüssen eingeladen werden und auch Rederecht erhalten.



Politik, die aufgeht. **ödp.**

**Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
Kreisverband Erlangen**

c/o Frank Höppel
Amselfeld 8
91056 Erlangen

Fraktionsbüro im Rathaus: Tel./Fax: 86-2493
F. Höppel: Tel.: 09131/430756

www.oedp-erlangen.de
e-mail: oedp@erlangen.de

Sparkasse Erlangen
Kto. 27681
BLZ 763 500 00

**Die ödp nimmt als einzige Partei keine Spenden von Firmen und Verbänden an.
Bitte unterstützen Sie unsere unabhängige Politik mit einer Zuwendung – gerne
lassen wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zukommen.**

